

# FZ

Beilage in E+Z/Juni 2012

In Kooperation mit

# KfW

Finanzielle Zusammenarbeit

[www.kfw-entwicklungsbank.de](http://www.kfw-entwicklungsbank.de)

Rio+20

# Verantwortung für nachhaltige Entwicklung

Uganda  
Stromversorgung  
im ländlichen Raum

Ecuador  
Breite Beteiligung  
an Waldschutz

Bangladesch  
Klimawandel als  
urbanes Problem

# Auf dem Weg zur Green Economy

Die Menschheit muss sich dringenden ökologischen Herausforderungen stellen und UN-Konventionen entschlossener implementieren.



Florena Miesen

Regenwälder binden CO<sub>2</sub> und sind besonders artenreich.

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung – auch „Erdgipfel“ genannt – fand 1992 in Rio de Janeiro statt. Sie war ein Wendepunkt im internationalen Geschehen, denn die Staatengemeinschaft bekannte sich erstmals offiziell zum Prinzip der Nachhaltigkeit. Es besagt, dass künftige Generationen dieselben Chancen haben müssen wie die Menschen, die heute leben. Folglich müssen Ressourcen vernünftig bewirtschaftet und die Umwelt geschützt werden. Konsens war zudem, dass arme Volkswirtschaften sich entwickeln müssen, um Mangel zu bekämpfen. Arme und reiche Nationen müssen gemeinsam Nachhaltigkeit anstreben.

Der Erdgipfel beschloss aber nicht nur ein wichtiges Prinzip, er legte auch mit innovativen Abkommen die Grundsteine für ein globales Umweltschutzregime. Die prominentesten Verträge waren dabei die UN-Rahmenkonvention über Klimawandel (UNFCCC) und die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Erstere soll den Treibhauseffekt, letztere die Erosion des Genpools stoppen. Der Forstpolitik galt dabei schon in Rio besondere Aufmerksamkeit. In den tropischen Regenwäldern ist die Diversität der verschiedenen Spezies besonders groß, und weil Bäume CO<sub>2</sub> binden, tragen alle Wälder zum Klimaschutz bei.

Die Konferenz in Rio beachtete die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer. Die Teilnehmer einigten sich darauf, dass Nachhaltigkeit eine „gemeinsame, aber differenzierte Pflicht“ aller Nationen ist. Es geht darum, dass die reiche Welt vorangehen muss, beispielsweise indem sie Umweltschutztechniken entwickelt und Partnern zur Verfügung stellt.

Die Bundesregierung spielte seinerzeit eine wichtige Rolle. Bundeskanzler Helmut Kohl setzte sich persönlich dafür ein, die skeptischen Regierungen der USA, Japans und anderer Länder an Bord zu bringen. Dass die Konventionen zustande kamen, galt zudem als persönlicher Erfolg von Klaus Töpfer, dem

damaligen Bundesumweltminister und späteren Leiter des UN-Umweltprogramms (UNEP).

20 Jahre später heizt sich das Klima weiter auf, und die Biodiversität ist weiter bedroht. Das bedeutet nicht, dass der Erdgipfel umsonst war, beweist aber, dass die damals eingeleitete Politik entschlossener implementiert werden muss. Tatsächlich sind die Herausforderungen gewachsen, denn die Menschheit muss sich jetzt auch an die unabwendbar gewordenen Konsequenzen der globalen Erwärmung anpassen. Am härtesten treffen sie Entwicklungsländer, die ohnehin schon mit Armut ringen. Offensichtlich sind soziale und ökologische Probleme miteinander verbunden und müssen kohärent angegangen werden.

**Nachhaltigkeit ist eine „gemeinsame, aber differenzierte Pflicht“ aller Nationen.**

In diesem Monat veranstalten die UN in Rio die Folgekonferenz Rio+20. Es geht darum, den globalen Wandel hin zur Green Economy zu beschleunigen. Die Europäische Union setzt sich mit aktiver Unterstützung ihres Mitglieds Deutschland für ein starkes Ergebnis ein.

Der Wandel zur grünen Wirtschaftsweise wird ohne Zweifel massive Investitionen erfordern. Darüber sind sich die Mitglieder des International Development Finance Club (IDFC), eines Zusammenschlusses von Entwicklungsbanken, im Klaren. Sie werden ihrer Verantwortung in Rio und später bei der Implementierung der Beschlüsse gerecht werden. An der IDFC-Spitze steht derzeit KfW-Vorstandsvorsitzender Ulrich Schröder, der persönlich an Rio+20 teilnimmt (siehe Interview nächste Seite). *Hans Dembowski* //

**KfW Bankengruppe**  
<http://www.kfw.de>  
**International Development Finance Club**  
<http://www.idfc.org>



# „Wir übernehmen Verantwortung“

Dr. Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender der KfW Bankengruppe, erläutert das Engagement der Förderbank.

**Auf der Konferenz „Rio+20“ wird eine Bilanz nach dem großen Umweltgipfel von 1992 gezogen. Schon damals setzte sich die Bundesregierung für Nachhaltigkeit ein. Was bedeuten dieser Begriff und diese politische Vorgabe für Sie als staatliche Förderbank?**

Nachhaltigkeit ist eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit. Der Begriff hat eine lange Tradition in der KfW und ist elementar für unseren Förderauftrag. Nachhaltigkeit – so wie

wir sie verstehen – beinhaltet eine ökologisch verträgliche, sozial gerechte und wirtschaftlich leistungsfähige Entwicklung. Durch unser Engagement schaffen wir Zukunftsperspektiven auch für kommende Generationen. Wir setzen uns national und global dafür ein, Klima- und Umweltschutz zu fördern, und verfolgen auch soziale Ziele wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. In den Entwicklungs- und Schwellenländern tragen unsere Projekte und Programme dazu

bei, Armut zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Auf diese Weise unterstützen wir im Auftrag der Bundesregierung eine nachhaltige Entwicklung in unseren Partnerländern.

**Der neue Claim der KfW lautet „Bank aus Verantwortung“. Was verstehen Sie darunter?**

Damit betonen wir den Unterschied zu anderen Unternehmen, die vorrangig auf die Maximierung ihrer betriebswirtschaftlichen Erfolge ausgerichtet sind. Wir unterstützen nachhaltig den Wandel in Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft. Die KfW übernimmt Verantwortung in der Gesellschaft und trägt dazu bei, die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie zu gestalten.

*Deutschland treibt die Energiewende voran.*



Bohling/Agenda

**In Rio wird auch umfassend über das Thema Energie gesprochen werden, weil der hohe Energieverbrauch einer der Hauptgründe für den Klimawandel ist. Wo sieht die KfW in diesem Bereich ihre Aufgabe?**

Energie ist für nachhaltiges Wachstum und Entwicklung absolut notwendig. Ohne Energie können die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern der Armut nicht entkommen, lassen sich Lebensbedingungen nicht nachhaltig verbessern. Wir müssen Energie aber sparsam und effizient einsetzen und sie möglichst umwelt- und klimafreundlich produzieren. Die KfW setzt deshalb bei den inländischen Förderprogrammen und bei der Zusammenarbeit mit den Partnerländern zu einem großen Teil auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Von den Zusagen der KfW 2011 für Umwelt- und Klimaschutz in Höhe von 22,8 Milliarden Euro entfielen 10,1 Milliarden auf Energieeffizienzvorhaben und rund 9,4 Milliarden Euro auf erneuerbare Energien.

**Deutschland baut zwar die erneuerbaren Energien aus. Es wird aber**



## Politikziel Nachhaltigkeit

Seit dem ersten Rio-Gipfel vor 20 Jahren haben sich alle Bundeskanzler und alle Parteikoalitionen, die im Bundestag die Mehrheit stellten, zum Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt. Wie es beispielsweise auf der Website des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung heißt, muss „Nachhaltigkeit die Grundlage aller politischen Entscheidungen sein“.

### **Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung:**

[http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/_node.html)

### **Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit:**

<http://www.bmz.de>

### **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:**

<http://www.bmu.de>

### **auch viel Energie verbraucht. Sind wir wirklich ein Vorbild für die Entwicklungs- und Schwellenländer?**

Wir erzeugen immer noch eine zu hohe Menge Treibhausgase. Die Erde erwärmt sich weiter, nach den internationalen Verhandlungen ist mit einem Klimaschutzabkommen erst 2020 zu rechnen. Deshalb stehen die hoch entwickelten Volkswirtschaften in der Pflicht, eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einzunehmen. Die deutsche Energiewende fußt auf ambitionierten energie- und klimapolitischen Zielen: Die Kohlendioxidemissionen sollen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent reduziert werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch in Deutschland ist von 1990 bis heute laut Bundesumweltministerium von 1,9 auf rund 12 Prozent gestiegen. Diesen Weg müssen wir weitergehen. Deutschland kann beispielhaft zeigen, dass es in einem reichen Industrieland möglich ist, zu produzieren und zu konsumieren und trotzdem den Kohlendioxidausstoß zu verringern – entsprechend unterstützt die KfW die Energiewende.

### **Bei den internationalen Verhandlungen geht es meist um Klimaschutz. Umwelt- und Naturschutz scheinen stärker in den Hintergrund zu treten. Wie sieht es bei der KfW aus?**

Für uns gilt das ganz sicher nicht. Die

KfW setzt sich im Auftrag der Bundesregierung intensiv dafür ein, die biologische Vielfalt und die Tropenwälder zu erhalten. Seit 1990 fördern wir entsprechende Projekte in mehr als 50 Ländern. Um den Raubbau am Regenwald zu stoppen, helfen wir mit, mehr Naturschutzgebiete zu schaffen. Wir unterstützen weltweit über 300 Schutzgebiete in 39 Ländern, darunter 18 UNESCO-Weltnaturerbestätten. In diesen Regionen werden rund 64 Millionen Hektar Wald geschützt. Das entspricht der doppelten Fläche Deutschlands. Außerdem bauen wir unser Engagement beim Schutz von Korallenriffen, Mangroven und Savannen weiter aus.

### **Die Nutzung des Waldes ist für viele Entwicklungs- und Schwellenländer aber eine wichtige Einnahmequelle. Wie überzeugen Sie die Partner, dass der Schutz notwendig ist?**

Nichts spricht dagegen, den Wald zu nutzen, wenn das nachhaltig geschieht. Zur Waldbewirtschaftung gehören aber auch Schutz und Aufforstung. Der sogenannte REDD-Ansatz (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation – Emissionsreduktionen aus Entwaldung und Walddegradierung) leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Dabei zahlen die Geber nur dann Geld für die Entwicklungsprogramme an die Partnerländer, wenn

diese nachweisen können, dass sie Treibhausgasemissionen durch Waldschutz reduziert haben. Solche erfolgreichen Programme laufen etwa in Brasilien und Ecuador.

### **Welche Partner hat die KfW, wenn es um weltweiten Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung geht?**

Die KfW hat 2011 ein weltweites Netzwerk von 19 führenden nationalen und zwischenstaatlichen Entwicklungsbanken mitinitiiert, den International Development Finance Club (IDFC). Die Banken bündeln ihre Kräfte und profitieren von ihren gemeinsamen Erfahrungen. Zunächst wollen wir vor allem den Klimaschutz fördern und am Aufbau umweltfreundlicher Infrastruktur mitwirken. Auf der Klimakonferenz im südafrikanischen Durban hat der IDFC angekündigt, die Finanzierung des Grünen Klimafonds der UN mit Eigenmitteln zu unterstützen.

### **In einigen Weltregionen sind Folgen des Klimawandels längst zu spüren. Menschen in armen Ländern leiden unter Dürren oder Überschwemmung. Was ist zu tun?**

In der Tat brauchen die Menschen dort, wo bereits unvermeidbare Folgen eingetreten sind, Hilfe. Zur Anpassung an den Klimawandel gehört es beispielsweise, in Dürregebieten die Bewässerungsmethoden zu verbessern oder die Pflanzen widerstandsfähiger gegen Trockenheit zu machen. Da, wo Überschwemmungen drohen, sind Schutzsysteme notwendig. Darüber darf aber der Klimaschutz nicht vernachlässigt werden. Wir wollen mithelfen, den Klimawandel zu bekämpfen – mit langem Atem und unseren langjährigen Erfahrungen und Fähigkeiten. //



Dr. Ulrich Schröder  
Vorstandsvorsitzender  
der KfW Bankengruppe

# Strom für Ugandas Nordwesten

In Subsahara-Afrika werden nur rund 30 Prozent der Haushalte mit Strom versorgt. Der Ausbau des Energiesektors ist ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Viele Familien – besonders im ländlichen Raum Afrikas – haben keinen Strom. Es ist noch Luxus, mit Energie versorgt zu werden. „Ohne Energie gibt es keinen Ausweg aus der Armut“, sagt Florian Ziegler von der KfW Entwicklungsbank. Ein Beispiel ist die Region West Nile im Nordwesten Ugandas. Die Elektrifizierungsrate in der Region liegt bei etwa einem Prozent. Die Stromversorgung wird durch ein isoliertes Netz der priva-

das bestehende Versorgungsnetz ausgebaut, um mehr Menschen Stromanschlüsse zu ermöglichen.

„Wenn wir in Afrika dazu beitragen wollen, dass die UN-Millenniumsziele zur Bekämpfung der Armut erreicht werden, müssen wir massiv in den Energiesektor investieren“, hebt Ziegler hervor. Neben dem Netzausbau und der Errichtung des Kraftwerkes werden in West Nile auch „Prepaid-Zähler“ eingeführt. Die Menschen müssen ihren Strom dann im Voraus bezahlen. Das soll zu sparsamem und umweltschonendem Verbrauch führen. Das Projekt wird einmal rund 6000 Privathaushalte, 30 Krankenstationen und 60 Schulen in der Region mit Strom versorgen. Die neuen Kraftwerke ersetzen den Betrieb eines alten Schwerölkraftwerkes, das künftig nur noch in Zeiten der Spitzenauslastung eingesetzt wird. Wasserkraft verursacht zudem keine Treibhausgase und kann langfristig genutzt werden. Sie ist auch wirtschaftlich, weil kein teurer Brennstoff nötig ist.

„Das Konzept wirkt nachhaltig“, sagt Jan Martin Witte, der KfW Projektmanager vor Ort. Wenn die Arbeiten am Kraftwerk Nyagak I abgeschlossen sind, soll mit dem Bau eines zweiten Wasserkraftwerkes begonnen werden (4,4 Megawatt). Für etwa 2025 ist der Anschluss der Region an das nationale Verbundnetz geplant. Wenn das Projekt im Nordwesten Ugandas umgesetzt ist, wird es in der Region West Nile mittelfristig genug Strom für die Menschen geben. Dadurch werden Landwirte Baumwolle und Tabak ausreichend bewässern können und vielleicht sogar für den Export produzieren. Der private Betreiber, eine



Kraftwerksmitarbeiter in Uganda.

Tochter des weltweiten Aga Khan Entwicklungsnetzwerkes, versorgt derzeit rund 3000 Kunden. Es liegen aber bereits etwa 2000 zusätzliche Anträge auf Anschluss ans Stromnetz vor – viele stammen von Kleinunternehmern. Zuverlässige Stromversorgung verbesserte ihre Marktchancen und trägt dazu bei, Armut zu vermindern.

Nach Ansicht von Witte können die Projekte in Uganda Vorbilder sein. Je nach Region bieten Geothermie, Sonnenenergie oder Wasserkraft große Chancen. Ohne zuverlässige Energieversorgung kann sich Afrikas Wirtschaft nicht entwickeln und die Menschen werden der Armut nicht entkommen. (loi) //

## 2000

Anträge auf Stromanschluss liegen bereits vor

ten West Nile Rural Electrification Company (WENRECO) sichergestellt. Es ist aber störanfällig und reicht nicht aus. Damit die Region sich nachhaltig im Sinne der Rio-Konferenzen entwickeln kann, braucht sie zuverlässige Infrastruktur.

Im Auftrag der Bundesregierung hilft die KfW Entwicklungsbank dabei mit, die Stromversorgung durch eine Reihe von Investitionen in Erzeugung, Übertragung und Verteilung zu verbessern. Insgesamt sind Investitionen von mehr als 40 Millionen Euro geplant, davon trägt die KfW 24,6 Millionen Euro. Den Rest tragen der Staat Uganda und die WENRECO. Es geht unter anderem um den Bau von zwei Kleinwasserkraftwerken am Fluss Nyagak, mit einer gesamten installierten Kapazität von knapp acht Megawatt. Das erste Kraftwerk wird nach einigen Verzögerungen beim Bau im Juli den Testbetrieb aufnehmen. Darüber hinaus wird



# Der Wald als Partner

Die Amazonaswälder dehnen sich scheinbar endlos aus, doch diese „Lunge der Welt“ ist bedroht. In Ecuador macht ein Regierungsprogramm den Schutz des Waldes für die örtliche Bevölkerung ökonomisch attraktiv.

2005 setzte eine Gruppe von Entwicklungsländern den Schutz der tropischen Regenwälder auf neue Weise auf die internationale Agenda. Das Stichwort heißt REDD: Reducing Emissions from Deforestation and Degradation (Verminderung von Treibhausgasemissionen aus Entwaldung und Walddegradierung). Es geht darum, das ökonomische Eigeninteresse der örtlichen Bevölkerung am Waldschutz zu wecken. Weltwirtschaftlich gesehen tragen Wälder zwar kostengünstig zum Klimaschutz bei, weil sie das Treibhausgas Kohlendioxid binden – da aber die Bevölkerung armer Länder in der Regel keinen Nutzen davon hat, werden Flächen für Agrar- und andere Zwecke gerodet.

Heute sind noch 40 Prozent des Staatsgebiets Wald, doch der Raubbau geht weiter. Holz wird illegal eingeschlagen. Bergbau und Landwirtschaft tragen dazu bei, dass Böden zerstört werden.

Um dem entgegenzuwirken, legte die Regierung von Ecuador 2008 das Programm „Socio Bosque“ („Partner Wald“) auf: Sie bezahlt indigene Gemeinschaften und private Forstbesitzer, wenn sie Wälder schützen. Pro Hektar Regenwald, das gehegt statt gefällt wird, gibt es je nach Größe und Qualität der Fläche 50 Cent bis 60 Dollar. „Die Beträge sind klein, aber sie können gerade für indigene und afro-ecuadorianische Gemeinschaften entscheidend zur Verbesserung ihrer Lebenssituation“ beitragen, sagt Lutz Horn-Haacke von der KfW Entwicklungsbank.

Jährlich wird kontrolliert, ob die Vereinbarungen eingehalten werden. Die Socio-Bosque-Verträge laufen über 20 Jahre. Die KfW unterstützt das staatliche Waldschutzprogramm im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung (BMZ) mit fast 12 Millionen Euro.

Wichtig ist auch der Erhalt der Artenvielfalt. Tropische Wälder zeichnen sich durch hohe Biodiversität aus. Sie sind Lebensraum von Mensch, Tieren und Pflanzen. Doch Ecuador weist im-



Florena Miesen

Waldschutz muss sich für Ecuadors Bevölkerung lohnen.

mer noch eine der höchsten Entwaldungsraten Lateinamerikas auf.

Vor wenigen Jahren betrug die Entwaldungsrate noch 1,5 Prozent, inzwischen schrumpft der Bestand jährlich um 0,63 Prozent oder 62 000 Hektar. Zwischen 1990 und 2010 wurden mehr als zehn Prozent der Landesfläche entwaldet. Ecuadors Umweltministerium will rund vier Millionen Hektar unter Schutz stellen, bisher sind aber erst eine Million geschützt. „Das Modell von Socio Bosque müsste ausgebaut werden“, betont Horn-Haacke. Nötig seien zusätzliche Kontrollposten, außerdem müsse die nachhaltige Forstwirtschaft gefördert werden.

Dass Waldschutz in Lateinamerika funktionieren kann, beweist der staatliche Amazonienfonds in Brasilien, den die KfW für das BMZ unterstützt. Die Entwaldungsrate ging dort von 2004 bis 2011 um mehr als drei Viertel zurück. Zuletzt wurden noch 6300 Quadratkilometer gerodet – so wenig wie nie zuvor, seit Brasilien 1988 begann, den Waldbestand und seine Veränderung systematisch zu messen. (loi) //



## Globale Herausforderung

Die KfW Entwicklungsbank begreift sich als Pionier beim Rio+20-Thema Waldschutz und investiert im Auftrag der Bundesregierung seit Beginn der 90er Jahre umfangreich in den Erhalt tropischer Regenwälder. Staaten müssen Land- und Nutzungsrechte definieren, die Einhaltung von Gesetzen durchsetzen und Schutzzonen schaffen. Handlungsbedarf gibt es weltweit, auch beim Schutz nittropischer Wälder. Die KfW engagiert sich neben dem Amazonasraum unter anderem in Indonesien, Russland und der Demokratischen Republik Kongo. Das Engagement für Wald- und Biodiversitätsschutz summierte sich in zwei Jahrzehnten auf 1,4 Milliarden Euro und trägt zum Schutz einer Fläche bei, die fast doppelt so groß ist wie Deutschland. (loi)

# Fluten im Monsun

**Khulna ist eine schnell wachsende Stadt in Bangladesch mit heute rund 1,5 Millionen Menschen. Sie liegt im Gangesdelta. In der Regenzeit gibt es Überschwemmungen – und zwar mit steigender Tendenz. Diesem Phänomen wird Rio+20 besondere Aufmerksamkeit schenken.**



Börling/Agenda

Straßen verlaufen oft auf Dämmen.

Das bettelarme Bangladesch ist als tiefliegendes Küstenland vom Klimawandel besonders hart getroffen. Experten erwarten, dass wegen des ansteigenden Meeresspiegels bis zum Jahr 2050 fast ein Fünftel der Landesfläche ständig überflutet sein wird. Bangladesch ist aber bereits so dicht besiedelt wie kaum ein anderer Staat: Rund 1000 Menschen leben im Schitt auf einem Quadratkilometer. Die meisten sind sehr arm. Die Durchschnittskaufkraft entspricht jährlich nur knapp 1700 US-Dollar pro Kopf.

Begleiterscheinungen des Klimawandels in Bangladesch werden mehr Stürme, heftigere Regenfälle und häufigere Sturmfluten sein. Aus den Küstenregionen des Landes wandern bereits heute viele Menschen in die Städte ab. Auch deshalb lebt in Khulna ein Fünftel der Bevölkerung in Slums. Im Monsun erlebt diese Großstadt Überschwemmungen. Manche Behausungen stehen dann wochenlang im Wasser, weil die informell gewachsenen Armutsquartiere keine Entwässerungskanäle haben.

Der Handlungsbedarf ist groß. In der Regenzeit ist künftig noch mehr Niederschlag zu erwarten, und das Wasser wird noch langsamer abfließen. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt in Khulna deshalb im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) ein Projekt der nationalen Regierung, das diesen Risiken entgegenwirkt. Es werden unter anderem Entwässerungskanäle angelegt, Straßen befestigt und mit Drainagen versehen sowie Slums mit

festen Wegen ganzjährig an das Verkehrsnetz angebunden. „Straßen haben in Bangladesch nicht nur eine Verkehrsfunktion“, erklärt KfW-Projektmanager Christian Schönhofen, „sie dienen meist auch dem Flutschutz.“ Typischerweise verlaufen sie auf Dämmen.

Die Verbesserung der Verkehrswege wird sich positiv auf Wirtschaft und Lebenschancen auswirken. Wo Wohngebiete nicht mehr mit Wasser volllaufen, können die Menschen weiter ihrer Arbeit nachgehen. Gute Straßen machen auch Schulen und Gesundheitseinrichtungen leichter erreichbar. Rund 200 000 Einwohner von Khulna werden direkt von dem Projekt profitieren, davon gilt jeder zweite als arm. „Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens und zur Verminderung der Armut“, sagt Schönhofen.

Die KfW steuert fast 11 Millionen Euro zu dem rund 134 Millionen Euro teuren Vorhaben bei. Geknüpft sind die Bauprogramme an Anforderungen zur Verbesserung in der kommunalen Regierungsführung: Die Stadtverwaltung muss Steuerrückstände reduzieren und ihre Einnahmen steigern. Zudem muss sie zusätzliche Stadtplaner einstellen. „In dem Projekt helfen wir mit, die Infrastruktur zu verbessern, und tragen gleichzeitig dazu bei, staatliches Handeln effektiver zu gestalten“, sagt Schönhofen. (loi) //



## Anpassung an den Klimawandel

Die Länder, die vom Treibhauseffekt besonders hart getroffen werden, sind sehr arm. Damit ihre Volkswirtschaft nicht über Gebühr leidet, müssen sie sich rechtzeitig an die veränderten Umweltbedingungen anpassen. Die KfW investiert daher zunehmend in diesem Bereich und finanziert Grundwassermessgeräte, höhere Dämme und Erosionsschutz. Allein 2010 förderte sie Anpassungsprojekte mit rund 150 Millionen Euro. 2011 betrug das Volumen bereits 450 Millionen Euro. (loi)

# Porträt Immaculata Raphael

**Das Hai District Water Supply Project versorgt Dörfer am Kilimandscharo mit sicherem Trinkwasser. Die deutsch-tansanische Entwicklungszusammenarbeit macht das möglich.**

Immaculata Raphael strahlt Selbstvertrauen aus. Es scheint ihr nichts anzuhaben, dass ihr Publikum aus Kollegen, Vorgesetzten, ausländischen Journalisten und KfW-Vorstandsvorsitzender Ulrich Schröder besteht. Sie ist die Wasseringenieurin ihres Distrikts, kennt die Details des Versorgungssystems, das sie erläutert, und weiß, dass es vorbildlich ist.

Der Hai District liegt am Kilimandscharo, dem höchsten Berg Afrikas. Hier leben arme Menschen, die meisten sind von der Landwirtschaft abhängig. „Sie haben, was sie zum Leben brauchen – aber sonst nichts“, sagt ein Touristenführer, der das Land gut kennt. Im Gegensatz zu vielen Bevölkerungsgruppen in den Agrarregionen der Dritten Welt verfügen hier aber 80 Prozent der Menschen über sicheres Trinkwasser. Dafür sorgt das Hai District Water Supply Project. Die Investitionssumme beträgt bisher mehr als 33 Millionen Euro. 80 Prozent davon hat die KfW im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereitgestellt.

Der Erfolg ist sichtbar. Raphael berichtet, dass die Cholera nicht mehr vorkommt: „Früher brach sie jedes Jahr aus.“ Zudem sei die Arbeitslast von Frauen und Mädchen geringer geworden, die früher viel Zeit damit verbrachten, Wasser zu holen. Schließlich hat, wie Raphael ausführt, die zuverlässige Versorgung die

sozioökonomischen Bedingungen in den beiden Kleinstädten des Distrikts so deutlich verbessert, dass nun Menschen aus anderen Distrikten hierherziehen.

Die natürlichen Gegebenheiten seien im Hai District günstig, sagt Raphael. Das Wasser stammt aus Bächen im oberhalb der Dörfer gelegenen Kilimandscharo-Nationalpark. Die Bevölkerung weiß, dass ihr Wohlergehen von dem Zustand der Natur abhängt, und das trägt dazu bei, den Park zu schützen. Das Wasser wird behandelt und in Rohren bergabgeleitet. Pumpen sind nicht nötig. Raphael bereitet aber globale Trends Sorgen: Der Klimawandel beeinträchtigt die Wasserressourcen des Bergs. Seine Eiskappe ist schon deutlich geschrumpft. Schmelzende Gletscher sind Thema von Rio+20.

Soziale Rahmenbedingungen sind auch wichtig, wie Raphael ihren Zuhörern erklärt. Treuhandfirmen („Trusts“) verwalten die Wasserversorgung in den Dörfern: „Die Trusts legen die Tarife fest, entscheiden über Personal und haben die Aufsicht über die Techniker und das Management.“ Manche Haushalte sind an das Leitungsnetz angeschlossen, andere kaufen Wasser in den Trust-Kiosken.

Die Ingenieurin bekennt eine Schwäche für die Vision einer in Solidarität lebenden Gesellschaft, wie sie der frühere Präsident Julius Nyerere formulierte. Ra-



Dembowski

*Kompetent und selbstbewusst.*

phael betont, der Erfolg einer modernen Wasserversorgung beruhe auch auf der „für die Kilimandscharo-Region typische Selbsthilfetradition der Bevölkerung“. Sie macht klar, dass Eigenverantwortung aber auch eine finanzielle Dimension hat: „Die Wasserrechnungen werden zu 90 Prozent bezahlt“, berichtet sie stolz. Frühere Wasserversorgungsvorhaben waren unter anderem daran gescheitert, dass die Finanzen nicht stimmten.

Vor zwei Jahrzehnten hat Raphael in Dar es Salaam studiert. Vermisst sie die Metropole? „Nein,“ antwortet sie mit breitem Lächeln, „meine Arbeit hier ist sinnvoll und wichtig.“ *Hans Dembowski //*

## Impressum

Verantwortlich: Michael Seyler, KfW Bankengruppe

Redaktion: Dr. Hans Dembowski

Autor: Stephan Loichinger

Grafik-Design und Satz: Nina Fischer

Druck und Verlag: Frankfurter Societäts-Medien

Postfach D-60268 Frankfurt, Germany

Diese Beilage wird auf PEFC-zertifiziertem Papier gedruckt.